

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

24.10.1921 (No. 248)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Haupt-
redakteur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 3516.

Bezugpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 A 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassencabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Anzeigebildung, Anzeigensatzung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenschaden, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder telephonischer Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen, in denen unserer Lieferanten hat der Anzeiger keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen.

Der Rücktritt des Kabinetts Wirth.

Die sinnlose Politik der Entente in der oberösterreichischen Frage hat den ersten traurigen Erfolg gezeitigt: Das Kabinett Wirth ist zurückgetreten. Die Begründung des Rücktritts ist so gehalten, daß man auch dann den Entschluß des Kabinetts begreifen wird, wenn man von der Annahme ausgeht, daß der Reichskanzler im letzten Augenblick von einem Teil seiner eigenen Partei und von dem Gros der Deutschdemokraten im Stiche gelassen wurde. Ob diese Annahme richtig ist, wissen wir nicht. Die Situation war infolge der Entscheidung von Genf so verzwickelt geworden, daß man in der Tat über die Zweckmäßigkeit eines jeden Schrittes zweifelhaft sein mußte. Letzten Endes mußte es wohl der Entscheidung des Kabinetts selber überlassen bleiben, ob es zurücktreten wollte oder nicht.

Für die Entente ist der Rücktritt insofern lehrreich, als er ihr zeigt, wohin es führen muß, wenn man das Recht und die Billigkeit fortgesetzt verweigert. Der leitende deutsche Staatsmann ist nun einmal nicht nur auf das Vertrauen des Auslands, sondern auch auf dessen Redlichkeit und Wohlwollen angewiesen. Hat ein solcher Staatsmann sich das Vertrauen der übrigen Welt errungen, so sollte ganz von selbst diesem Vertrauen auch das Wohlwollen folgen. Das ist nicht geschehen. Und so hat das Kabinett Wirth zurücktreten müssen.

Der Spruch von Genf hat aber nicht nur ein erfüllungsbereites Kabinett gestürzt, sondern er hat auch die Politik der Mitte empfindlich geschädigt. Und doch mußte der Entente gerade an einer solchen Zusammenfassung der Kräfte in Deutschland alles gelegen sein, wenn sie eine Durchführung des Reparationsprogramms erwartete. Die Aussichten auf eine Verdrößerung der Regierungsbasis sind durch die Genfer Entscheidung zunächst einmal zerstört. Denn die Deutsche Volkspartei lehnt diese Entscheidung ab und will sich an keinem Kabinett beteiligen, das den Spruch, wenn auch unter Protest und Rechtsverwahrung, hinnimmt und die geforderten Vertreter zu den Verhandlungen über das Wirtschaftsabkommen entsendet.

Was soll nun geschehen? Zunächst wird ja das Kabinett Wirth die Geschäfte weiterzuführen haben, bis ein neues Kabinett gebildet ist. Aber wie soll dieses neue Kabinett aussehen? Es gibt zwei Möglichkeiten der Kabinettsbildung. Entweder man stellt sich auf den Standpunkt, daß die Entscheidung von Genf abzulehnen, und diese Ablehnung mit allen ihren Folgen zu tragen ist. Oder aber man fügt sich unter Protest der nackten Gewalt und setzt die bisherige Politik des Kabinetts Wirth fort.

Da wohl die große Mehrheit unseres Volkes davon überzeugt ist, daß wir bei einer Verwirklichung der ersten Möglichkeit nur die Geschäfte der französischen Nationalisten besorgen und unser Volk in ein noch tieferes Elend stürzen würden, wird nur die zweite Möglichkeit übrig bleiben. Und es ist zu hoffen, daß mit der Zeit auch die Deutsche Volkspartei diese Notwendigkeit einsehen und sich der Koalition anschließen wird, die weiterhin versucht, ehrlich eine Politik der Erfüllung zu betreiben.

Daß diese Erfüllung sich aber heute unter ganz anderen Voraussetzungen zu vollziehen hat, ist klar. Der katastrophale Sturz unserer Valuta und der Verlust des oberösterreichischen Industriegebietes ist als „höhere Gewalt“ zu betrachten, die uns faktische Hemmnisse auflegt, mit denen man im Frühjahr noch nicht zu rechnen brauchte. Die Schuld der Entente allein ist es, daß es dahin gekommen ist. Immer wieder haben wir an dieser Stelle betont, wie sinnwidrig es ist, von einem Schuldner Leistungen über Leistungen zu verlangen und ihn gleichzeitig durch allerlei brutale Maßnahmen oder durch mangelnde Hilfsbereitschaft noch weiter wirtschaftlich zu schädigen. Wenn Europa wirklich gesunden soll, und wenn Frankreich wirklich das ihm nach dem Londoner Ultimatum zustehende Geld erhalten will, dann muß die Entente nun endlich einmal ihre bisherige Politik revidieren und sich zu anderen Grundlagen aufraffen.

Innerpolitisch ist das Verhalten der Entente gegenüber von genau derselben Torheit. Schon bisher hat die Entente zur Stärkung der demokratischen Regierungsform nicht das Geringste getan. Für die Parteien des Aufbaues wird es jedenfalls immer schwerer, den Forderungen der Zeit zu genügen. Und so ist auch der Rücktritt des Kabinetts Wirth eine neue Belastung unserer inneren Politik. Hier hat ein Kabinett zurücktreten müssen, das innerpolitisch das Beste und erfolgversprechendste gewesen ist, das wir seit den Tagen der Revolution besaßen, und das gleichzeitig im Auslande ein Vertrauen errungen hatte, wie noch kein Kabinett zuvor. Es ist die vollkommene Umkehrung von Vernunft und Logik, wenn ein solches Kabinett vom Ausland gezwungen wird, sein Amt niederzulegen.

Wer die neuen Männer des neuen Kabinetts sein werden, ist heute noch gar nicht zu sagen. Ebensovienig ist die Frage zu beantworten, ob man nicht doch wieder den bisherigen Reichskanzler mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Auf den Parteien lastet eine unfagbar schwere Verantwortung. Und es sollte heute keine Partei geben, die sich dieser Verantwortung entzieht. Wieder ist eine Stunde der äußersten Not und Gefahr für unser Volk herangebrochen. Pflicht eines jeden deutschen Mannes und einer jeden deutschen Frau ist es, in diesem Augenblick das Trennende zu vergessen und sich an das zu halten, was uns gefühlsmäßig alle einigt: an die Liebe zum Vaterland!

Karlisten und Republikaner in Tirol.

Im Anschluß an frühere Mitteilungen über die Karlistenbestrebungen in Tirol wird der „Kf. Bg.“ unter dem 18. d. M. aus Innsbruck u. a. berichtet:

Die letzten Tage der politischen Entwicklung in Tirol standen vollends im Zeichen einer durch die karlistische Gefahr gekennzeichneten Beunruhigung. Denn inzwischen haben mancherlei Dinge, die bis dahin nur in der Form von Gerüchten an die Öffentlichkeit gedrungen waren, ihre Bestätigung erfahren, so daß auch Skeptiker, die vorher nur höchst widerwillig und mit ungläubiger Geste von der Existenz gegenrevolutionärer Machenschaften Kenntnis nehmen wollten, sich nun der Einsicht in den Ernst der Lage nicht mehr verschließen können.

Den unmittelbaren Beweis für die Zuspitzung der Situation boten die Vorgänge innerhalb der Heimatwehr, über die nachträglich nähere Einzelheiten ans Licht gelangten. Wir hätten schon erwähnt, daß sich in den Reihen der Heimatwehren eine Scheidung der Geister vollzogen habe, daß etwa ein Drittel, und zwar gerade die in der Frontkämpfervereinigung zusammengefaßten wehrfähigen Elemente, sich offen um das Banner des Karlistentums scharten und darauf ausgingen, aus der der Sicherheit und Ordnung dienenden Selbstschuttsorganisation ein Instrument des monarchistischen Umsturzes zu machen. Nun ist es zwischen den beiden Lagern der Heimatwehren tatsächlich zum offenen Bruch gekommen. Wie wir erfahren, sind der Spaltung schwere Auseinandersetzungen vorausgegangen, in deren Verlauf die Frontkämpfervereinigung an die Heimatwehrgleitung ein förmliches Ultimatum richtete, dessen Hauptforderung auf den Verzicht jeder Propaganda für den Anschluß an Deutschland lautete. Die Heimatwehrgleitung hat sich dieser Forderung nicht unterworfen. Von Dr. Steible, dem Führer der Selbstschuttsorganisation, wußte man, daß er nicht gewillt sein werde, staatsfeindlichen Bestrebungen Konzeptionen zu machen. Dr. Steible ist überzeugter Republikaner, und zwar wie er auch uns gegenüber betonte, Republikaner von Jugend auf. Die überwiegende Mehrheit der Heimatwehren sah unter dem ausschlaggebenden Einfluß ihrer deutsch gesinnten Mitglieder aus der Studentenschaft den Beschluß, jede Gemeinschaft mit den Karlisten zu lösen. So hat sich überraschend schnell unsere Auffassung bewahrheitet, daß im Falle einer Bedrohung der Republik die verfassungstreuen Teile der Heimatwehren ihren Platz an der Seite der Arbeiterwehren nehmen würden. In dem früher so gespannten Verhältnis zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Selbstschuttsorganisation hat sich denn auch unter dem Druck der karlistischen Gefahr bereits eine starke Wandlung vollzogen. Die sozialdemokratische „Innsbrucker Volkszeitung“, die bisher geglaubt hatte, in Dr. Steible ein Haupt der Reaktion bekämpfen zu müssen, attestiert dem einjüngigen Gegner nunmehr und heraus das Vertrauen der Arbeiterchaft in seine republikanische Zuverlässigkeit.

Diese unparteierte Annäherung der beiden Lagen zuvor noch verfeindeten Gruppen wird vertieft durch Umstände von ganz besonderer Bedeutung. Das sozialdemokratische Parteigebäude trat nämlich zugleich mit Entschlossenheit hervor, die den Rebellvorhang zu reißen mußten, hinter dem sich Freigänger von unheimlicher Tragweite vorbereiteten. Das Blatt teilte dem bestürzt aufhorchenden Land auf Grund zuverlässiger Informationen mit, daß alle Erhebungen zur monarchistischen Erhebung bereits abgeschlossen seien. Als Zeitpunkt des Aufstehens kommen die erste Nacht nach dem Einfall der monarchistischen Truppen aus Westungarn nach Niederösterreich und Steiermark in Frage. Eine nur aus dem ephemerem Offizieren bestehende Terrorkompanie werde in Innsbruck die bekannten Führer

sowohl der Sozialdemokratie, als auch der Großdeutschen Partei und der Heimatwehren, soweit sie sich zur Republik bekennen, ausheben und einige mit Namen bezeichnete Persönlichkeiten sofort beseitigen. Die öffentlichen Gebäude, Post, Eisenbahn und Zeitungen sollen besetzt und Beamte oder Arbeiter, die nicht widerstandslos ihren Dienst verrichten, auf der Stelle niederschossen werden. Es war zu erwarten, daß auf die Bekanntgabe eines solchen Programms des Schreckens hin die Dementis nicht ausbleiben würden. Aber sie lauteten auffallend kleinlaut und merkwürdig unbestimmt. Sie hatten einen Ton, aus dem die Verlegenheit des Schuldbewußtseins und der Bloßstellung herborlang. Die Ablehnungen übten daher keine sonderliche Wirkung und in den Kreisen auch der bürgerlichen Parteien war der Eindruck ziemlich allgemein, daß die Veröffentlichungen des sozialdemokratischen Organs trotz der Möglichkeit von Übertreibungen in Einzelheiten in ihrem wesentlichen Kern der Wahrheit entsprächen. Mit einem Schlag wurde der Bevölkerung klar, wie nahe Tirol von den aus verborgenen Quellen gespeisten gegenrevolutionären Strömungen schon dem Abgrund zugeworfen werde. Ernüchterung und Besinnung kehrten im Bürgertum vielfach selbst dort wieder ein, wo man auch ohne Neigung zum Karlistentum doch gern mit unbestimmten monarchistischen Zukunftsträumen gespielt hatte.

Die Arbeiterchaft aber empfand den geplanten Anschlag gegen die Republik als gegen ihre eigene politische Existenz gerichtet. Aus dem Drange der Selbsterhaltung heraus fand sie sich am letzten Montag zu einer großen Kundgebung zusammen. Tausende hielten den Platz vor dem überfüllten Versammlungssaal besetzt. In dem Saale und auf der Straße sprachen die sozialdemokratischen Führer zur Menge. Mit Worten tiefen väterlichen Empfindens legte Nationalrat Abram sein Bekenntnis zu Deutschland ab. Der Gedanke des Zusammenschlusses aller Deutschen in einem Reiche werde nicht auf dem Wege über den Untergang Österreichs geschehen, wie ihn die Aktivisten suchten. Mit deren Politik des gewalttätigen Aufstumpfens lasse sich der Anschluß nicht erzwingen. Patriotischer als alle lauten Deklamationen sei die Rücksichtnahme auf Deutschland und seine schwierige Lage. Turmhoch über den Wünschen Tirols stehe das Interesse aller Deutschen an Österreich. — Aus der Sphäre der allgemeinen Politik leitete der nächste Redner, Vizebürgermeister Kappl, zur brennendsten Frage des Tages über. Unter steigender Erregung der Versammlung leuchtete er in das Treiben der karlistischen Verschwörer hinein. Mit Spott geißelte er ihre Ablehnungsversuche. Wahr sei es, daß die Terrorkompanie bereits gebildet war, daß der Aufruf bereits geschrieben worden, durch den das Standrecht verhängt werden sollte, wahr sei auch, daß ein Verzeichnis der Personen bestünde, die aus dem Wege geräumt werden sollten. Der Gedanke einer Wiederanfrichtung der habsburgischen Monarchie sei für die Sozialdemokratie der Inbegriff alles Abscheulichen. Denn größere Verräter am deutschen Namen habe die Geschichte nie gesehen als das habsburgische Geschlecht. Der Redner versicherte, daß die Arbeiterchaft entschlossen sei, die Republik bis zum äußersten zu verteidigen. Auch sie sei nicht wehrlos, sie sei so gerüstet, daß sie in Innsbruck jeden Versuch einer monarchistischen Erhebung niederschlagen vermöge.

Die Kundgebung wurde zu einem Massenergebnis republikanischer und deutscher Beharrung. In diesem Sinne bedeutete sie weit mehr als nur eine parteipolitische Demonstration. Und indem sie offenbarte, daß auch in diesem Bergland der Wille der Arbeiterchaft eine Macht darstellt, die von brutaler Gewaltpolitik nicht ungestraft mißachtet werden darf, ist vielleicht sogar viel für eine Entspannung der Lage gewonnen. Denn auch den weiteren Schichten des Bürgertums und des Bauernstandes muß in dieser Stunde zum Bewußtsein gelangen, daß, wer dem Karlistentum Vorschub leistet, den Bürgerkrieg heraufbeschwört, aus dem es weder für Österreich noch für die einzelnen Teile des Staates eine Rettung von völliger Unterjochung gäbe.

Deutsch-nationaler Volksbetrug. — Politische Regimentsfestreden.

Von ihrem Stuttgarter Mitarbeiter wird der Reichsforerpondenz „Nord-Süd“ geschrieben:

Das Schicksal Oberösterreichs bewegt naturgemäß auch den denkenden Teil des württembergischen Volkes sehr lebhaft, wenn auch die Zahl derer nicht gering ist, denen Herz wesentlich stärker berührt ist von den Wein- und Kartoffelpreisen oder dem Kursstand der Devisen und Industriepapiere. Aber immerhin, es ist ein erheblicher Teil des Volkes, der wirklich innerlich leidet, weit über alle volkswirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen hinaus, denen ein Stück vom eigenem, innerstem bedroht erscheint. Als ihr Anwalt sprach Staatspräsident Dr. Hieber bei einer gewaltigen Protestkundgebung im Schloßhof und man hätte glauben sollen, es wäre auch den Deutschnationalen möglich gewesen, die Sorge um Oberösterreich aus der Drucklinie der parteipolitischen Agitation und Lärm fern zu halten. Wer so dachte, hat zum mindesten die Presse dieser Partei überschätzt. Die „Süddeutsche Zeitung“ hat eine Veranstaltung von der allgemeinen Bedeutung, an der 12 000 Volksgenossen teil hatten und bei der der erste Beamte des Landes

Mit einer Beilage: 70. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

die Rede hielt, mit ganzen 38 Zeilen Bericht ab-
getan.

Ihr agrarisches Schwesterorgan hat die Hauptrede des
Staatspräsidenten nur eben gerade registriert, ohne ein
Wort von ihrem Inhalt zu berichten. Einfach
deshalb, weil ihre Leser den Inhalt dieser Rede nicht erfahren
dürfen; denn sonst ist die verlogene Agitation gegen diesen
demokratischen Staatspräsidenten nicht mehr möglich.
Das ist ein würdiges Seitenstück zu einem früheren Vor-
kommnis. Der Staatspräsident hatte in seiner Eigenschaft
als Kultminister den deutschen evangelischen Kirchentag mit
einer vielbeachteten Rede begrüßt. Das deutschnationale Blatt
unterschlug selbst die Tatsache dieser Rede
und, als es gestellt wurde, erklärte die Redaktion, man lasse
eben das Belangloseste weg. Also unbedenklicher kann man
nachher seinen Lesern weiter die Behauptung von der Kirchen-
und Religionsfeindschaft des demokratischen Staats und seiner
Regierung aufstacheln. Aber über diese Dinge ganz durch-
sichtig, der muß es wirklich als lächerlichen Volksbeleg be-
zeichnen, wie hier in wichtigen Angelegenheiten des geistigen
und nationalen Lebens verfahren wird. Nur um sich selbst
als alleinigen Hüter alles wertvollen im Volks- und Staats-
leben darstellen und daraus parteipolitische Vorteile schlagen zu
können, greift die deutschnationale Presse selbst in solchen Not-
zeiten zu so niedrigen Mitteln.

Die rein agitatorische Einstellung geht sehr deutlich daraus
hervor, daß die „Süddeutsche Zeitung“ für die Verdrängung
über ein Regime fest den Raum von 200 Zeilen
übrig hat. Das paßt mehr in ihren Rahmen; denn da wurden
Reden gehalten, die sich parteipolitisch besser ausschließen lie-
ßen. Da wurde mit Fettdruck der Satz herausgehoben, daß die
Oligarchen „unbesiegt“ nach Hause gekommen seien. Es
sind Gottlob auch noch einige andere Regimenter: Das hat
Ludendorff aber doch nicht abgehalten, militärisch die Sache
verloren zu geben und auf Waffenstillstand und Frieden zu
drängen. Der General von Berger aber warf jetzt
nach drei Jahren den Deutschnationalen den fetten Brocken zu,
„der Feind habe sich mit Hilfe verräterischer Schurken den
Frieden erschlichen.“ Hat er sich auch die tausende von deut-
schen Gefangenen und die Hunderttausende von deutschen Gefan-
genen im Sommer 1918 erschlichen? Daß solche Regiments-
festreden nur eben die Einleitung zu einem „amerikanischen
Aufsammeln“ seien, wird niemand behaupten wollen,
und die Herren Generale haben es sich selbst zugeschrieben,
wenn durch ihre Annahme und politische Geschichts-
fälschung die Regimentsfeiern auch in Württemberg im-
mer mehr als politische und parteipolitische
Angelegenheit gewertet und behandelt wer-
den. Jedenfalls tun die Deutschnationalen alles, um die
Sache in der Richtung zu schieben.

Jetzt holt man zur Übung der politischen Sitten des Landes
als „literarische Gabe“ die Sammlung der übelsten Erzeugnisse
des „Messbacher Anzeigers“, zu deren Verbreitung sich die
deutschnationale Presse besonders anpreist, und als mündlichen
Erzieher einen Obersten a. D., den man zuerst auf die Jugend
und dann auf die Erwachsenen losläßt. Was bei dieser Mi-
schung herauskommt, kann man sich so ungefähr vorstellen.
Die württembergischen Deutschnationalen haben nun einmal
den Ehrgeiz, hinter Bayern nicht zurückzustehen, und dem
Herrn Obersten macht es offenbar ein Vergnügen und befriedigt
allein nach auch seinen persönlichen und politischen Ehr-
geiz, nun in Württemberg Wandredner und Wegbereiter
einer politischen Kultur im Sinn des
„Messbacher Anzeigers“ zu sein. Wie lange das
gutmütige schwäbische Volk sich das von dem Herrn Obersten
a. D. gefallen läßt, ist allerdings eine andere Frage.

Politische Neuigkeiten. Der Rücktritt des Reichskabinetts.

Der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten am Samstag
abend 7 Uhr die Demission des Kabinetts mit folgendem
Schreiben überreicht:

Landestheater.

„Börsenfieber“ (Erstaufführung).

Am Sonntagabend brachte das Landestheater den
Schwank „Börsenfieber“ im Konzerthaus zur Erstauf-
führung. Zugegeben: die Herren Max Reimann und
Dito Schwarz haben die ganze Schwankliteratur der letz-
ten Jahre ausgeplündert, strupellos; kaum ein einziger
Bedeute ist ihr geistiges Eigentum; die Witze hat man fast
alle schon in ähnlicher Fassung gehört; an den Figuren ihres
reinsten Produktes haben wir Gott wieviel Schwankdichter
mitgearbeitet; die Anallekteln sind längst keine Überraschun-
gen mehr. All dies zugegeben. Und trotzdem: „Börsen-
fieber“ ist ein ganz famozer Schwank, ein Koch- und Ge-
weidenerfolg ersten Ranges. Nicht mehr und nicht weniger.
Etwas anderes haben die Verfasser nicht gewollt. Und das
Sublim dankt es ihnen. Die neue Krankheitserscheinung
er Gegenwart, das Börsenfieber, mußte doch auch mal an
inem Beispiel demonstriert werden. Gottlob gibt es noch
seute, die über die Auswüchse unserer Zeit mit Humor hinweg-
kommen, für ein paar Stündchen wenigstens.

Freilich muß das Stück gut besetzt sein und flott ablaufen.
Es steht und fällt mit der Rolle des Peter Emmerling, die
unserm Paul Müller auf den Leib geschrieben zu sein
glaubt. Der erste Akt war ganz von Paul Müllers Gnade.
Nicht nach dem Aufgehen des Vorhangs ist man mitten in
er höchsten Börsenfieberpannung; geheimnisvolle Speku-
lation in Laurahütte-Aktien, schwandelnder Kurs, Berliner
Börsenmarter, Anmeldeung von Ferngesprächen, Leitungs-
brüngen, Beleidigung des Personal vom Fernsprecher, Ver-
schwerden, überraschender Besuch der Schwiegereltern, Aus-
lächte und Ausreden, plötzliches Fallen der Papiere, Panik
in der Börse, neue Fernungen und Wirrungen, feilsche Zu-
ammenbrüche, erneutes Aufstrahlen, tolle Schwindelereien, über-
drückte Abreise. All das jagt sich, wirbelt durcheinander, hebt
und wird gehetzt in fieberhaftem Tempo. Peter Emmerling,
er kleine, unscheinbare Apotheker, jagt dahin auf elektrisch
eladene Nerven. Alles fieberl, alles zappelt, alles zuckt.
eine Sekunde Ruhe, immer in Bewegung mit den Händen,
in den Beinen, mit dem Kopf, mit den Augen, mit dem
Mund. Behn Gedanken schwirren ihm gleichzeitig durch das
Hirn. Er will sie alle zusammen aussprechen. Die Worte

Herr Reichspräsident! In schwerer Stunde hatte sich das
gegenwärtige Kabinetts entschlossen, die Verantwortung für
die Durchführung des Ultimatus zu übernehmen. Fünf
Monate lang hat es eine Politik geführt, die getragen war
von dem Gedanken, die Stellung des Deutschen Reiches zu
den Alliierten zu regeln und durch den ernsten Willen der
Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen bis an die Grenze
der Leistungsfähigkeit zur Wiedererrichtung Europas beizutragen.
Es hat die dem deutschen Volke auferlegten, überaus
schweren Leistungen erfüllt, insbesondere den ungeheuren
Barbetrag von 1 Milliarde Goldmark zum 31. August abge-
tragen. Die alliierten Staaten haben die Erfüllung der
deutschen Verpflichtungen, vor allem die Durchführung der
Entwaffnung, die unter großen Schwierigkeiten sich vollzog,
anerkannt. Es durfte erwartet werden, daß im Hinblick auf
Deutschlands Anstrengungen und auf sein ernsthaftes Be-
streben, den vertraglichen Verpflichtungen treuzubleiben, die
Besetzung der Ruhrhöfen restlos aufgehoben und hinsichtlich
Oberstelebens eine Lösung gefunden würde, welche dem
Rechtsempfinden des deutschen Volkes und der Oberstelebens
sowie den künftigen friedlichen Beziehungen zwischen den
europäischen Nationen entspreche. Statt dessen ist ein Diktat
erfolgt, durch welches nicht nur weite Flächen oberstelebens
des Landes, sondern auch blühende deutsche Städte, der
weitans überwiegende Teil aller Bodenschätze, vier Fünftel
der Verarbeitungsmittel der deutschen Heimat entzogen wer-
den sollen. Ein großer Teil der an Polen fallenden Bevöl-
kerung ist deutschen Stammes und deutscher Sprache und
soll entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und
entgegen dem klaren Ergebnis der Abstimmung unter fremde
Herrschaft fallen. Niemand wird das deutsche Volk diesen
Verlust, den es wehrlos hinnehmen muß, verschmerzen. Ob-
wohl das Kabinetts nach wie vor überzeugt ist, daß nur das
aufrichtige Bestreben aller Teile, die vertraglichen Verpflich-
tungen zu erfüllen, die politische und wirtschaftliche Wieder-
herstellung Europas ermöglicht, ist es sich doch vollkommen
klar darüber, daß die Grenzen der deutschen Leistungsfähig-
keit und Erfüllungsmöglichkeit durch das schließliche Diktat sich
erheblich verengt haben und daß somit für die Politik des
Reiches eine neue Lage geschaffen ist. In Würdigung dieser
Tatsachen hat das Kabinetts beschlossen, den Auftrag zur
Führung der Regierungsgeschäfte in Ihre Hände, Herr
Reichspräsident, zurückzugeben. In Ausführung dieses Be-
schlusses habe ich die Ehre, Herr Reichspräsident, Ihnen die
Demission des Kabinetts mitzuteilen.

gez. Der Reichskanzler Dr. Wirth.
An die Überreichung der Demission schloß sich eine längere
Aussprache über die politische Lage an, in deren Verlauf der
Reichspräsident den Reichskanzler ersuchte, mit den übrigen
Reichsministern die Beschlüsse zunächst weiterzuführen. Da-
mit erklärte sich der Reichskanzler einverstanden.

Der Reichspräsident empfing im Laufe des gestrigen Tages zu
Eingelbesprechungen über die politische Lage den Reichspräsi-
denten Loebe, die Abgeordneten des Zentrums, der Sozial-
demokratie, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen
Partei und der Unabhängigen Sozialdemokraten. Eine völlige
Angelegenheit der Lage ist bei diesen Besprechungen noch nicht her-
beigeführt worden. Die Verhandlungen werden heute fortge-
setzt.

Ein neuer Putsch des Erzkaisers Karl.

Der Erzkaiser Karl von Habsburg ist, wie aus Wien gemel-
det wird, am Freitag nachmittag 2 Uhr, begleitet von seiner
Gemahlin Jita, im Flugzeug in Odenburg angekommen.
Es ist festgestellt, daß er während des Fluges österreichischen
Boden nicht berührt hat.

Nach Budapest Meldung scheint die ungarische Regie-
rung von dem neuerlichen Abenteuer überrascht, ebenso wie
die Parteiführer mit Ausnahme der Legationisten. Nach Bu-
dapester Meldung verläuft die ungarische Regierung, daß
sie gegenüber dem unerwarteten Ereignis von Odenburg auf
dem Standpunkt des Gesetzes von 1920 stehe, nach dessen Ar-
tikel I Karl Habsburg gegenwärtig die Herrscherrechte in Un-
garn nicht ausüben könne und das Land abermals verlassen
müsse. Die Regierung hat die entsprechenden Vorbereitungen
getroffen. In Wien verbreiteten sich am Samstag Gerüchte
von bedeutenden politischen Vorgängen in Budapest.

Aus Zürich berichtet die „Zürcher Post“: Erzkaiser Karl von
Habsburg hat am Donnerstag seinen Aufenthaltsort Schloß
Herrenstein am Vierwaldstättersee verlassen, angeblich um
am Freitag in aller Stille die zehnte Wiederkehr seines Hoch-
zeitstages zu feiern. Seit Donnerstag nachmittag ist auch ein
Flugzeug der Schweizerischen Luftverkehrs-A.G. Ab Altau-
siedel in Dübendorf bei Zürich weggegangen, ohne daß die Di-
rektoren bis Samstag nachmittag Nachrichten über eine Lan-
dung erhielt. Nach Mitteilung der Gesellschaft wurden am

Mittwoch vier Fahrkarten für einen Flug nach Genf und zu-
rück bestellt. Die Fahrkarten wurden bezahlt und für den
Flug der Junkerapparat „G. S. 59“ bestimmt. Am Donner-
stag, etwa nach 12 Uhr, erfolgte die Abfahrt des Flugzeuges.
Es wurde aber nicht von vier, sondern von fünf Personen be-
steht, die in zwei Automobilen angefahren kamen. Die Ge-
schlechter der Passagiere waren nicht zu erkennen, da sie stark
eingehüllt waren. Der Pilot ist ein Deutscher namens Him-
melmann, der von der Deutschen Junkerflugzeug-Gesellschaft
Auftrag erhalten hatte, in Dübendorf zu verbleiben, bis die
Ab Ultra-Gesellschaft den Apparat übernommen habe. Da seit
dem Abflug aus Dübendorf bis heute mittag jede Nachricht
über das Verbleiben ihres Flugzeuges fehlte, meldete die Ge-
sellschaft die Angelegenheit dem Flugamt.

Eine amtliche Mitteilung des Schweizerischen Bundesrates
besagt: „Der frühere König Karl von Ungarn hat am Sam-
stag den 22. Oktober 1921 dem Bundesrat schriftlich mitgeteilt,
daß, wie er behauptet, seine ungarischen Getreuen ihn unter
Darlegung schwerwiegendster Gründe seiner ebidlichen Pflicht
gemäß aufgefordert hätten, mit der Königin unverzüglich nach
Ungarn zu kommen. Der König und die Königin haben am
20. Oktober gegen Mittag die Schweiz von Dübendorf aus im
Begleitung von drei anderen Personen im Flugzeug ver-
lassen. Der Bundesrat stellt bei diesem Anlaß erneut fest, daß
der König sich am 18. Mai in Ortenstein verpflichtet hat, sich
jeder politischen Tätigkeit zu enthalten und dem politischen
Departement vor jeder beabsichtigten Abreise mindestens drei
Tage vorher Kenntnis zu geben. Am 6. Oktober 1921 hat der
König den Anlaß einer Ansprache benützt, um durch einen
besonderen Beauftragten nochmals erklären zu lassen, er er-
achte sich durch die am 18. Mai 1921 ihm in Ortenstein un-
terbreiten und von ihm angenommenen Bedingungen immer
noch rückhaltlos gebunden. Der Bundesrat sieht sich demnach
zu seinem tiefen Bedauern zu der Bestimmung ge-
zwungen, daß der König durch seine Handlungsweise das
gewährte Wohl mißbraucht und insbesondere sein Versprechen
gebrochen hat, indem er die Schweiz ohne die ausbedungenen
Anzeige verlassen hat.“

Die „Neue Zürcher Zeitung“ bemerkt zu dem neuen Aus-
fluge Karls von Habsburg: Wenn die Nachricht sich bestätigt,
so hätte der Gast der Schweiz die Nachsicht, die ihm der Bun-
desrat durch die Gewährung weiteren Aufenthaltes seit seiner
berühmten Osterreise entgegengebracht hat, so übel gelohnt,
daß die Frage ferneren Verbleibens endgültig entfallen sein
dürfte. Der Flug nach Odenburg könnte zu schweren inter-
nationalen Komplikationen führen.

Aber den Einzug des Erzkaisers in Odenburg meldet eine
Sonderausgabe der „Odenburger Zeitung“: „König Karl IV.
wurde von der Bevölkerung mit großem Jubel empfangen.
Besonders die Frauen bereiteten ihm große Ovationen. Eine
Gruppe von Mädchen huldigte der Königin Jita. Nach dem
Verlassen des Flugzeuges war sein erster Weg in die Kaserne,
wo Major Hensburg die Truppen sofort alarmieren ließ, die
dem König den Treue schwören. Dann fand eine Defiles-
rung statt. Karl Habsburg sprach sich über das Aussehen und
die Haltung der Truppen sehr lobend aus.“

Die „Neue Freie Presse“ erhält aus Budapest folgende Mel-
dung: Das Eintreffen Karls von Habsburg, in Odenburg
wurde hier erst um 9 Uhr vormittags bekannt. Die Mittags-
blätter brachten die Nachricht vom Wiedererscheinen Karls auf
ungarischen Boden ohne Kommentar. Die Stadt ist ruhig.
Die Regierung besteht ist entschlossen, ihrem Standpunkt un-
beugig Geltung zu verschaffen und sie wird auch vor Gewalt-
maßnahmen nicht zurückweichen, um ein Eindringen des Kö-
nigs in Budapest zu verhindern und seine Abreise aus dem
Land zu erzwingen. General Nags ist zum kommandieren-
den General mit uneingeschränkter Vollmacht ernannt worden.
Er wird jede Bewegung mit allen Mitteln unterdrücken. Die
Verhängung des Ausnahmezustandes ist bereits beschlossen.
Auch die Vertreter der kleineren Entente erschienen heute bei
der Regierung und beim Reichsbesucher und erhoben Ein-
spruch gegen die Wiederkehr des Habsburgers. Sie führten
eine sehr energische Sprache. Nach noch nicht bestätigten Ge-
richten haben sich die Truppen bis zu dem Gebiet von Raab
dem Habsburger angeschlossen. Es ist ihm nicht gelungen, über
Raab hinaus zu gelangen. Am 11 Uhr nachts ist der Mini-
sterrat versammelt.

Eine andere Meldung aus Budapest besagt, die „Legitimi-
stische Regierung“, die ihrer Sitz in Steinamanger aufgeschla-
gen habe, sei folgendermaßen zusammengesetzt: Präsident
Makosch, Außenminister Andras, Innenminister Wenig, Kult-
tus und Unterricht Apor, Finanzen Dr. Graf, Kriegsmini-
ster Oberst Lehar. Von der sozialdemokratischen Partei ist
Pajer in die Regierung eingetreten, der in der Nacht nach
dem Sturze Bela Kuns einen Tag Minister war.

stießen sich in seinem Munde, stolpern übereinander, verhaf-
peln sich; ganz andere Worte, als er sagen wollte, kommen
schließlich zum Vorschein, er greift sie auf, klammert sich
daran wie ein Ertrinkender an einen Strohhalm, verwirft sie
wieder, leugnet sie ab; sein Gedächtnis ist wie ausgeschaltet,
er weiß nicht mehr, was er eine Sekunde vorher getan,
wandelt umher wie im Traum, führt Selbstgespräche, plau-
dert seine geheimsten Gedanken aus, ist entsetzt darüber, sucht
wieder alles gut zu machen, einzureisten, aber verschlimmert
es nur in seiner Erregung. So rüttelt und schüttelt das
Börsenfieber den kleinen, unscheinbaren Apotheker. Es hält ihn
in den Klauen. Ein schrecklicher Wahn ist über ihn gekommen.
Unsinnige Reden fließen ihm vor sich in seinen phantastischen
Gedankenspielen. So rapt er dahin, fortgerissen von Gier nach
Gewinn, in schwindelndem Tempo, halbtot, ein arbeitsloses,
bedauernswertes Opfer seiner Leidenschaft. Man darf es aus-
sprechen sans phrase: Paul Müller hat sich selbst übertrafen.
Er peitschte den ersten Akt herunter in einem Tempo,
mit einer solchen Fülle komischer Einfälle an Gesten, Rosen,
Witz, daß man nicht aus dem Rachen, nicht aus dem Stau-
nen, nicht aus der Spannung herauskam. Und als er schließ-
lich nach taufer Sprüngen und Stößen, gejagt, gehetzt, wie
von den unsichtbaren Geistern des Mammons gepörselt, in
überstürzter Hast davonlief, den Zylinder im Genick mit flie-
genden Hofenträgern, da ging ein rasender Sturm des Wei-
falls durch das Haus. Paul Müller hatte auf der ganzen
Linie gesiegt.

Wenn ihm gegenüber die übrigen Mitwirkenden zurücktra-
ten, so lag dies an der Natur des Stückes. Aber auch sie
waren alle Träger eines überprüfenden Humors und trugen
nach besten Kräften zum Gelingen des Abends bei; die her-
z erweichend schluchende Rolle des Herrn Müller, der beschämt
schmügelnde Sanitätsrat Herr Höcker, die gestrenge
Schwiegermutter von Frau Rix, die unternehmungslustige
Paula von Frau Gerl, der schneidige Rechtsanwalt des Herrn
Endlein, in dem wir ein neu gewonnenes Mitglied unseres
Schauspiels begrüßen, der wadere Provisor des Herrn Perz,
das jüdische Telefonmädchen von Frau Rasse und die film-
mümmelnde Haushälterin Frau Genter. Herr Perz hatte
den Schwank gewissenhaft einstudiert, so daß für Liebhaber
eines lustigen Abends der Besuch von „Börsenfieber“ wärm-
stens empfohlen werden kann.

Konzert = Wochen = Rückblicke.

Die diesmalige Konzertwoche brachte vor allem zwei
Beranstellungen, die stärkeres Interesse beanspruchten: Den
ersten Quartettabend des neugebildeten Karlsruher
Streichquartetts der Herren Ottomar Boigt, Willi
Graber, Heinrich Müller und Paul Traubetter
im Künstlerhaus und den Kompositionenabend von Heinrich
Kaspar Schmid im Konzerthaus. Der Quartettabend,
der Gahdn, Mozart und Beethoven gewidmet war, eröffnete
erfreuliche Aussichten. Die vier dem Landestheaterorchester
angehörigen Künstler stehen im Einzelnen schon aus frühe-
ren Konzerten her in guter Erinnerung, und ihre Namen
bürgen von vornherein für ein kluggedones, sauberes und
exaktes Zusammenwirken. Das Bemerkenswerte und besonders
Erfreuliche an ihren diesmaligen Leistungen bildete sonach
weniger die technische Seite ihres Spiels, als das verständ-
nisvolle Sichverstehen der Künstler in den Stimmungsgehalt
der vorgetragenen Werke, die liebevolle Herausarbeitung der
musikalischen Hauptgedanken bei aller Beachtung der Details
und die feinfühligste Unterordnung der Einzelinstrumente unter
den Zweck des Ganzen. Wohl wäre da und dort noch ein sorg-
fältigeres Abwägen, eine feinere Nuancierung in Klangwir-
kung und Phrasierung zu wünschen gewesen, als Ganzes be-
trachtet, war das Spiel des neuen Quartetts jedoch als her-
beizungsvoller Anfang zu begrüßen. So darf man zuversicht-
lich hoffen, daß das Karlsruher Musikleben durch die neue
Quartettvereinigung manche wertvolle Bereicherung erfahren
werde.

Professor Heinrich Kaspar Schmid, der neue Lei-
ter des badischen Konservatoriums in Karlsruhe, hatte mit
seinem Kompositionenabend einen starken und unbekannteren
Erfolg zu verzeichnen. Schon das erste Werk: Paraphrasen
über ein Thema von Bizet op. 30 für zwei Klaviere, ließ
den feinnünnen, mit Stilgefühl und melodischer Erfindung
ausgestatteten Musiker erkennen. Noch deutlicher offenbart
sich das kompositorische Können Schmidts in dem dreifachen
Trio für Violine, Cello und Klavier op. 35, einer gehaltenen
Schöpfung von feiner und vornehmer Struktur, präzisier,
eindragsamer Thematik und natürlicher Klangfülle. Die
instrumentale Vornünnenführung ist durchsichtig und klar, dem
Charakter der Instrumente feinfühlig angepaßt. Um die Einzel-
heiten nach Gebühr würdigen zu können, müßte man das
interessante Werk zu wiederholtenmalen hören: es wäre zu

Der Gesandte der ungarischen Regierung in Wien besuchte am Samstag den Bundeskanzler. Im Verlaufe der Unterredung erklärte der Bundeskanzler, daß die österreichische Regierung bezüglich der inneren Angelegenheiten eine abwartende Haltung einnehme.

Budapester Nachrichten besagen, daß die Eisenbahnschienen zwischen Raab und Budapest aufgetrieben worden seien, weshalb der aus Raab abgehende Eisenbahnzug, den der Erzherzog benutzte, Halt machen mußte. Nach anderen Berichten soll Karl trotzdem bereits in Budapest eingetroffen sein. Die 16 000 Mann, über die Major Ostenburg in Debenburg verfügte, sind in fünf Eisenbahnzügen von dort nach Budapest abgerollt.

Die Beförderung der Truppen des Erzherzogs wurde, nach dem die Gleise wieder in Ordnung gebracht waren, in sieben Zügen durchgeführt. Sie gingen in der Richtung nach Budapest. Bei Budapest kam es zu einem Zusammenstoß (in einem Bericht ist sogar von einer Schlacht die Rede) zwischen den Truppen Karls und den Regierungstruppen.

Das Ung. Tel.-Kor.-Büro meldet nicht amtlich: Als die Regierungstruppen zum Angriff übergingen, erschien Feldmarschall Högelys als Parlamentarier der Karlisten bei der Regierung zwecks Andahnung von Verhandlungen. Diese scheiterten jedoch, da die Regierung an ihrem ursprünglichen Standpunkt festhielt. Högelys kehrte darauf zum Erzherzog Karl zurück.

Die letzten Meldungen besagen: **Wien, Freitag, 23. Okt. (Tsch. Pr. Pressebureau.)** Um 8 Uhr nachmittags wird aus Budapest gemeldet: Die Schanzarbeiten bei Budapest zwischen beiden Parteien dauerten bis 11 Uhr vormittags, worauf Waffenstillstand eintrat. Es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete. Der Ministerrat dauerte bis 2 1/2 Uhr. Über das Ergebnis kursieren unüberprüfte Gerüchte, daß das Kabinett Weichsel zurückgetreten sei. Im Laufe der Verhandlungen über den Waffenstillstand habe sich Ostenburg um etwa 10 Kilometer zurückgezogen. Insbesondere habe sich aber die Lage der Regierungstruppen verschlechtert. Die Ankunft des Erzherzogs Karl werde jeden Augenblick erwartet. Es verbreitet sich das Gerücht, daß die tschechoslowakische Republik sich im Kriegszustand mit Ungarn befinden. Auf der Donau kreuzen französische Monitore. Die Stadt hat sonst ein ruhiges Aussehen.

Wien, Freitag, 23. Okt. Über die heutige Ministerratsitzung wurde eine amtliche Mitteilung herausgegeben, in der es u. a. heißt: In einem außerordentlichen Ministerrat wurde nach der Darlegung des Ministerpräsidenten Dr. Benes über den Stand der Ereignisse festgestellt, daß alles Mögliche zur Verteidigung der Interessen der Republik unverzüglich durchgeführt wurde. Das Einverständnis zwischen den Mitgliedern der kleinen Entente sei ein völliges; die notwendigen Maßnahmen wurden gemeinsam getroffen. Ebenso ist für die weiteren Aktionen ein völliges und einheitliches Vorgehen vorgesehen. Weitere, insbesondere militärische Maßnahmen werden getroffen werden. Der Ministerrat hat beschlossen, daß alle notwendigen Maßnahmen zu einer Teilmobilisierung zu treffen seien. Die Regierung der tschechoslowakischen Republik, sowie die anderen Regierungen der kleinen Entente sind entschlossen, alles zu tun, damit das böhmische Problem endgültig erledigt wird.

Wien, Budapest, 23. Okt. Die Vertreter der alliierten Hauptmächte überreichten der ungarischen Regierung eine Note, in der der Beschluß des Völkerbundes vom 4. Februar 1921 in Erinnerung gebracht wird, demzufolge die Restauration eines kaisertumlichen Friedens geschähe. Die ungarische Regierung wird daher neuerdings aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zur Entfernung des Hindernisses zu unternehmen. Der Minister des Äußeren teilte den Vertretern der alliierten Hauptmächte mit, daß König Karl das Land unverzüglich verlassen müsse und daß die ungarische Regierung alle Maßnahmen zu diesem Zwecke getroffen habe.

Über die event. Rückwirkungen des Karlistenputsches auf Tirol wird der „Frei. Ztg.“ aus Innsbruck vom Sonntag berichtet: Bisher sind keine Zwischenfälle eingetreten. Die Bevölkerung vermeint gefühllos nachts das Betreten der Straße. Die Tiroler Nationalräte sind aus Wien zurückgekehrt. Man glaubt, daß die Monarchisten den rechten Augenblick des Aufschlagens veräumt haben. Heute ist die Bewaffnung aller wehrfähigen republikanischen Organisationen vollendet.

Begrüßen, wenn es des öfteren auf den Konzertprogrammen erschiene. Um die Wiedergabe des Trios machten sich neben dem Komponisten Herr Dr. W. Rüdner, der sich als ausgezeichnet gesullter Geiger erwies, und Herr Trautwetter, dessen tschönes Cellospiel zur Genüge bekannt ist, verdient. Zwischen die beiden Instrumentalwerke, deren erstes Herr Schmid gemeinsam mit einem seiner Schüler, Herrn Kottner, klavierschön und ausdrucksvoll interpretierte, war ein Lieberhufus für Mariton „Der Pilger“ nach Gedichten von Eichendorff op. 33 gestellt. Auch diese, in ihrer herben Harmonik und Stimmlührung beim ersten Hören etwas spröde anmutenden Gesänge, die Herr van Gortom mit innigem Ausdruck zum Vortrag brachte, bergen charakteristische musikalische Stimmungswerte in sich und wurden, wie die übrigen Darbietungen des Abends, mit freudlichem Beifall aufgenommen.

Was die beiden Stuttgarter Künstler Frau Wand-Agloda und Herrn Fritz Haas bewegen haben mag, ausgerechnet in unsern wagnerüberfüllten Karlsruher einen Richard-Wagnerabend zu veranstalten, ist nicht ohne weiteres zu erklären. Eine künstlerische Notwendigkeit dafür bestand jedenfalls nicht, zumal die Leistungen der beiden Gäste qualitativ keineswegs übermäßig waren. Frau Wand-Agloda verfügt über ein tragfähiges, technisch gut gesulltes Organ, das aber keinen besonderen Wohlklang aufweist. Das Organ des Herrn Haas, von dem wir u. a. Wolframs Preislied „Nid ich umher“ und das Lied an den Abendstern hörten, klingt hart und hölzern — es gibt keinen anderen Ausdruck dafür —, und auch sein Vortrag vermochte wenig anzusprechen.

Noch überflüssiger erschien mir das Konzert von Verthe de Vignier aus Paris und Johan Goorenman aus Amsterdam. Die Sopranistin suchte uns ausgerechnet mit Schubert, Schumann, Brahms usw. zu kommen. Es mag gewisse Reize haben, diese deutschen Lieder aus französischem bzw. orientalischem Munde gesungen zu hören; doch mußte dann mit der Interpretation auch die entsprechende gefangliche Qualifikation verbunden sein. Leider war das an diesem Abend nicht der Fall. Am ehesten gelangen der Sängerin noch die beiden aus dem Programm gestrichen Verdi-Arien, obgleich ihr zu einer voll befriedigenden Wiedergabe vor allem auch die dramatische Gestaltungskraft fehlt. Herr Goorenman, der Klavierstücke v. Bach, Brahms, Chopin und Liszt auf sein Programm gesetzt hatte, spielte Einzelnes nicht ohne Brillanz, manches dagegen wieder stark verzerrt und ohne Temperament, so daß seinen Darbietungen im ganzen eine merkwürdige Unausgeglichenheit innewohnte, die keinen Genuß aufkommen ließ. E. R. f.

Der „Corriere della Sera“ meldet aus Wien, in Innsbruck bemerkte man seit der Ankunft Karls in Ebenburg eine auffallende Regsamkeit. Ein Mitglied der Tiroler Regierung erklärte angeblich, wenn Karl einen Staatsstreich vollziehen werde, werde sich das ganze Tirol sofort von Österreich lösen und sich Bayern anschließen. Beim Überfliegen des oberen Inntales habe Karl Flugblätter abgeworfen, worin er die Rückkehr in seine Kronländer ankündige und für seine dynamische Stimmung mache.

Das „Verbrechen“ des Friedensgesuchs 1918.

In der „Konstanzer Zeitung“ lesen wir folgendes: „Belanntlich sollen es das Volk und die Regierung des Prinzen Max im November 1918 gewesen sein, die Waffenstillstand suchten und das Vaterland damit betrogen. In Wirklichkeit war die Front in ununterbrochenem Kampfe mit einer großen Übermacht an ausgerüsteten und gut genährten Menschen und vor allem mit einem überreichlichen Kriegsmaterial erschöpft. Die militärische Leitung Ludendorff-Hindenburg zwang die Reichsregierung sofortige Angebote auf Waffenstillstand und Frieden zu machen. Selbstverständlich sagt uns kein Mensch, Hindenburg und Ludendorff seien Vaterlandsverräter, weil sie die Regierung ziemlich brutal zu Verhandlungen zwangen, wohl aber sagt man es selbstbewußt von der Regierung des Prinzen Max, die damals am Ruder war. Man kann diese Forderungen nur als Verbrechen ansehen, die Schuld an der Niederlage zu verschleiern, die hauptsächlich die militärische Führung leisteten und die militärische Kommandogewalt sich ja auch auf die Befehle des Reichsfinanzpostens erstreckte (Michaels).“

Hier die Dokumente, wie sie Prinz Max der „Süddeutschen Zeitung“ unterbreitet. Er schreibt:

„In Nr. 225 der „Süddeutschen Zeitung“ vom Samstag den 1. Oktober 1921, ist unter der Überschrift: „Zum 1. Oktober“ von Prof. Dr. G. E. Ziegler ein Artikel abgedruckt, in dem behauptet wird:

1. daß das Waffenstillstandsangebot vom 6. Oktober 1918 ein Schritt war, welcher unser ganzes Unglück nach sich zog;

2. daß dieser Schritt infolge seiner Eiligkeit und Leichtfertigkeit ein Verbrechen gegen unser Vaterland gewesen ist;

3. daß die Schuld daran die am 3. Oktober 1918 gebildete Regierung des Prinzen Max von Baden trifft.

Es ist nicht wahr, daß die Schuld an dem Waffenstillstandsangebot die am 3. Oktober 1918 von mir gebildete Regierung trifft. Wahr sind vielmehr die folgenden Tatsachen, die in den nachstehenden Dokumenten bereits veröffentlicht sind:

a) General Ludendorff schreibt in seinen Kriegserinnerungen (Seite 581 ff.):

„... Die Pflicht gebot, endlich über tatlosen Zeitverlust und leere Worte hinauszukommen. Der Feind war um Frieden und Waffenstillstand anzugehen. Das erforderte die Kriegslage, deren Verschlechterung nur allzu wahrscheinlich war. Ich hatte mich langsam zu dem schwereren Entschluß durchgerungen und fühle nun die Pflicht, und den inneren Drang, zu handeln, gleichgültig, was andere sagten, die über die Kriegslage weniger unterrichtet waren. Am 28. September, 6 Uhr nachmittags, ging ich zum Generalfeldmarschall in dessen Zimmer. Ich legte ihm meine Gedanken über ein Friedens- und Waffenstillstandsangebot vor. Die Lage könne sich durch die Verhandlungen mit dem Feinde nur noch verschlechtern, auch wenn wir uns an der Westfront hielten. Wir hätten jetzt die eine Aufgabe, ohne Verzug klar und bestimmt zu handeln.“

b) Vizepräsident Graf von Hertling schreibt in seinen Erinnerungen an die Kanzlerzeit seines Vaters (188) zum 30. September:

„Am anderen Tage besprach mein Vater vormittags mit dem Kaiser wiederholt die Frage der Nachfolgerschaft an Pongratz. Dieser hatte sich nicht für den Prinzen Max von Baden entschlossen. Während der Unterredung betrat auf einmal Ludendorffs Prangertel das Zimmer und fragte sofort im Tone größter Erregung: „Ist die neue Regierung jetzt noch nicht gebildet?“ worauf der Kaiser ziemlich barsch erwiderte: „Ja, denn doch nicht zaudern!“ Daraufhin Ludendorff: „Ja, die Regierung muß aber sofort gebildet werden, denn das Friedensangebot muß noch heute heraus!“ Der Kaiser: „Das hätten Sie mir vor 14 Tagen sagen sollen!“

c) Telegramm des Generalfeldmarschalls von Hindenburg an Erzellenz von Bayer (Weißhof) über den Waffenstillstand, Nr. 22) vom 1. Oktober 1918, 1 Uhr nachmittags:

„Wenn bis heute abend 7—8 Uhr Sicherheit vorhanden ist, daß Prinz Max von Baden die Regierung bildet, bin ich mit dem Ausschuss bis morgen einverstanden. Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte ich die Aufgabe der Erklärung an die fremden Regierungen heute nacht für geboten. gez. von Hindenburg.“

d) Oberst von Gaefen schreibt in den von General Ludendorff herausgegebenen „Erkenntnissen der Obersten Heeresleitung“, Seite 542 ff., über den 3. Oktober 1918:

„Am 3. Oktober fanden wiederholt Besprechungen zwischen dem Reichskanzler Prinzen Max von Baden und zahlreichen politischen und parlamentarischen Persönlichkeiten statt. Der Reichskanzler wandte sich hierbei nochmals mit allem Nachdruck gegen eine übereilte Absendung des Angebots an sich, vor allen Dingen aber suchte er das Waffenstillstandsangebot rückgängig zu machen. Es war auffallend, daß der Generalfeldmarschall eine Verzögerung der Absendung des Friedensangebots als nicht bedenklich ansah, da er die militärische Lage keineswegs so ernst ansah, wie sie nach den Ausführungen des Majors von dem Busche erscheinen mußte. Staatssekretär von Hintze bestand jedoch auf baldigster Absendung des Angebots; auch hielt er das Waffenstillstandsangebot aufrecht und fand hierin schließlich auch die Zustimmung des Feldmarschalls.“

Es wurde am Schluß der Sitzung beschlossen, daß der Reichstag zu Samstag den 5. Oktober zu berufen sei und das Angebot in der Nacht zum 4. abgehen solle, damit es am 5. dem Tage der Veröffentlichung des Angebots im Reichstage, in der Hand der amerikanischen Regierung sei. Das Waffenstillstandsangebot blieb bestehen. Im Anschluß an die Sitzung habe ich General Ludendorff telefonisch Meldung erstattet. Ich wiederholte nochmals die Bedenken des Prinzen Max bezüglich des Waffenstillstands und bat in dessen Auftrage um die Zustimmung seiner Erzellenz, nur das Friedensangebot zu stellen, ohne ausdrückliches Eruchen um Waffenstillstand. Ich erwähnte auch, daß der Feldmarschall die militärische Lage nicht so ernst dargelegt habe, wie der Major von dem Busche. Erzellenz erwiderte, der Feldmarschall hat mit seiner Beurteilung der Lage gewiß recht; trotzdem müsse er auf dem Waffenstillstandsangebot und dessen baldigster Absendung bestehen. Wenn auch die Lage im jetzigen Augenblick nicht bedrohlich sei, so sei doch bestimmt in kurzer Zeit mit einer Wiederholung der Großangriffe der Entente auf der ganzen Front zu rechnen. Dann aber — in zwei oder drei Wochen — könne es von entscheidender

der Bedeutung werden, ob das deutsche Heer 24 Stunden früher oder später die dringend nötige Waffenruhe erhalte.“

Major von dem Busche berichtet:

„... Bemerkenswert aus den Verhandlungen war, daß der Prinz Max von Baden überhaupt keine Friedensnote herausgeben wollte, sondern wünschte, zunächst in dem Reichstage in seiner Antrittsrede die Entente durch ein Friedensprogramm vorzubereiten. Je nach der Aufnahme sollte dann die Friedensnote folgen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig verworfen.“

General Ludendorff bemerkt als Einführung dieser Berichte (a. a. O. S. 582):

„Zu den Darstellungen des Majors Freiherrn von dem Busche und des Obersts von Gaefen bemerke ich, daß sie mein Denken und Handeln richtig wiedergeben.“

Zur Erhöhung der Beamtengehälter.

Der preussische Finanzminister hat in einem Ausschusse des Landtags wichtige Erklärungen veröffentlicht, in denen er auf die Notwendigkeit hinweist, die Beamten und Angestellten des Staates durch eine Neuregelung der Bezüge einigermaßen von den Wirkungen der Teuerung zu schützen. Er erklärte, lt. „B. Pr.“, eine Anspannung des Systems der Ausgleichs- und Versorgungszuschläge für unbrauchbar und kündigte deshalb eine Neugestaltung der Bezüge im Rahmen der Bejoldungsordnung an. Die Arbeiten dazu seien im preussischen Finanzministerium zusammen mit dem Reichsfinanzministerium schon tatkräftig gefördert worden. Die Regierung werde alles daran setzen, um diese Angelegenheit zum Ziele zu führen und werde zu diesem Zwecke die Parteiführer zu einer Besprechung einladen. Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen dahin gingen, die Grundgehälter so zu erhöhen und die Zuschläge so zu bemessen, daß eine Besserstellung um 25 Prozent gegenüber den heutigen Gesamtbegehren sich ergeben solle. Noch im November würden die Parlamente über diese Vorlagen entscheiden. Allerdings wird es dabei nicht ohne neue Tarifierhöhungen abgehen, und es wäre möglich, daß die angekündigten neuen Posttarife, die auf das Behnliche der Friedenssage gebracht werden sollten, nicht in Kraft treten werden, sondern an ihrer Stelle Erhöhungen bis zum Fünftel gefordert werden. Auch neue Eisenbahntarifierhöhungen sind in Aussicht genommen. Im ganzen handelt es sich bei der Erhöhung der Beamtengehälter um eine zu bedenkende Mehrausgabe von 25 Milliarden Mark.

Der reichgewordene Korfanty.

Von gut unterrichteter Seite wird der „Schlesischen Volkszeitung“ aus Oberschlesien folgendes über einzelne Erwerbungen Korfantys geschrieben:

Der Plebiszitkommissar Wojciech Korfanty ist am 21. Mai 1920 von Posen nach Weuthen gezogen. Folgender Vermögenszuwachs Korfantys läßt sich feststellen:

1. Korfanty hat am 15. Juni 20 das Hausgrundstück Kattowitz, Volteistrasse 8, erworben.
2. Für ihn sind folgende Hypotheken eingetragen worden: a) am 26. Oktober 20 im Grundbuch von Wolschnitz Bd. 4 Blatt 164, Eigentümer Dom Ludomy — Wolschnitz, Haus G. m. b. H. in Wolschnitz, in Höhe von 50 000 Mark mit 4 Prozent verzinslich. b) am 16. März 21 in Höhe von 100 000 Mark mit 5 1/2 Prozent verzinslich, bisheriger Gläubiger Kaufmann Max Gutfeld in Kattowitz.
3. Er hat als Eigentümer des Grundstückes Kattowitz Bd. 29 Blatt 1083 folgende auf diesem Grundstück lastende Hypotheken löschen lassen: a) am 16. März 21 in Höhe von 100 000 Mark mit 5 1/2 Prozent verzinslich, bisheriger Gläubiger Kaufmann Max Gutfeld in Kattowitz; b) am 18. April 21 in Höhe von 99 800 Mark mit 4 1/2 Prozent verzinslich, bisheriger Gläubigerin Medlenburgische Hypotheken- und Wechselbank in Schwerin i. M.
4. Korfanty ist an der am 31. Mai 21 gerichtlich eingetragenen Bank Prezemslowcow A. G. in Kattowitz mit 5 000 000 polnischen Mark beteiligt, anscheinend als Gründer.

Er hat gegen den früheren Abgeordneten und Redakteur der „Gazeta Ludowa“, Rospiach in Kattowitz, eine vollstreckbare Forderung in Höhe von 143 770,45 Mark. Wegen dieser Forderung hat Korfanty den Anspruch des Rospiach gegen den Justizrat Czajka in Weuthen auf Anzahlung eines von Czajka für Rospiach verwalteten Guthabens von über 200 000 Mark pfänden und sich zur Eingziehung überweisen lassen.

Kurze polit. Nachrichten.

* Der Berliner Britingskonflikt ist beigelegt. Die Blätter erscheinen wieder in der gewohnten Weise.

Badische Uebersicht.

Die westeuropäische Zeit im Besetzungsgebiet.

Von zuständiger Stelle wird geschrieben: In der Nacht vom 25./26. Oktober wird auf Veranlassung der Besatzungsbehörden im besetzten Gebiet die westeuropäische Sommerzeit aufgehoben und im Eisenbahnbetrieb die normale westeuropäische Zeit, die der mitteleuropäischen Zeit eine Stunde nachgeht, eingeführt.

Die hierdurch bedingten Änderungen im Fahrplan einer Reihe von Zügen erstrecken sich zum Teil auch auf die anschließenden Strecken in Baden, weshalb zum 26. Oktober der Aushangfahrplan und das Kursbuch neu herausgegeben werden. Auf diesen Zeitpunkt treten auf verschiedenen Strecken weitere Fahrplanänderungen in Kraft, die aus dem Aushangfahrplan und dem Kursbuch ersichtlich sind.

Die „Badische Landeszeitung“.

* Die „Badische Politische Korrespondenz“ schreibt: „Die „Badische Landeszeitung“, die früher der Deutschen Demokratischen Partei nahestand, erklärt heute, daß sie künftig die Politik der Deutschen Volkspartei unterstützen werde. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß dieser Frontwechsel die Stellung des Reichstagsabgeordneten Dietrich zur Deutschen Demokratischen Partei nicht berührt. Reichstagsabg. Dietrich gehört nach wie vor der Deutschen Demokratischen Partei an und ist Mitglied deren Reichstagsfraktion.“

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrsperren.

Aufgehoben ist Sperre für Öl- und Frachtgut nach Emmerich und Übergang.

Sperre für Frachtdingüter, die in Köln-Gereon oder Köln-Nord umgeladen werden müssen, ist aufgehoben.

* Eine Praetorius-Orgel für das musikwissenschaftliche Institut der Universität Freiburg. Am Samstag, den 2. Oktober, fand in der Orgelbauanstalt G. F. Walder & Co. in Ludwigsburg (Württemberg) vor einem geladenen Kreise von Fachleuten die Vorführung der kürzlich fertiggestellten Praetorius-Orgel statt. Sie stellt eine fast getreue Nachbildung einer Disposition aus dem Synagoga museum des Michael Praetorius (1619) dar, welche das von der heutigen Orgel grundrisslich verschiedene Klangideal des früheren Barockzeitalters wiedererleben läßt. Das Werk ist von dem Orgelbaumeister O. Walder auf Grund ausgeführter historischer Studien erbaut und für das musikwissenschaftliche Institut der Universität Freiburg i. B. bestimmt. Die Vorführung wurde eingeleitet durch Begrüßungsworte des Erbauers; dann folgte ein die „Deutsche Orgelkunst im Zeitalter des Barock“ behandelnder Vortrag sowie die Erklärung der wissenschaftlichen und künstlerischen Bedeutung des Instrumentes durch den Freiburger Dozenten für Musikwissenschaft Professor Dr. W. Gurliitt. Darauf wurden ausgewählte für die deutsche Orgelmusik des 17. Jahrhunderts charakteristische Werke von Praetorius, Scheidt, Buxtehude, Bach und Ruffat durch den ersten am Freiburger musikwissenschaftlichen Institut Dr. Müller-Wiatka und den Tübinger Universitätsmusikdirektor Professor K. G. Sasse vorgelesen. Eine lebhaft ausgefallene Besprechung die eindrucksvolle Feier.

Aus der Landeshauptstadt.

Sch. Kolosseum. Mit dem 18. Oktober zog eine neue Künstlergarde in die Halle des Kolosseums ein und Herr Kiefer war mit Erfolg bemüht, auch diesmal wieder etwas Gutes zu bieten. Eine komische Szene bringen „Commas“, als besonders gut darf die Produktion des Schlangenmenschen genannt werden. Gerhard „Parere“ als Herr und Dame wirkt vorzüglich und ist eine gute Nummer. Fein und chic arbeiten die Equilibristen G. und F. Kuttert; eine Ruhe und Sicherheit beherrscht die einzelnen Darbietungen. Auch der bayerische Komiker „Schorsch Dauber“ darf sich sehen lassen, und raufender Weisfall wird ihm zuteil. Fred „Elmann“ stellt sich mit seinem Fris als Bauchredner vor und wenn diese Nummer auch nichts Neues, so hört man doch wieder gern zu. Eine Glanznummer bildet „Strobby“ der Trunkenbold auf dem Drahtseil. Strobby ist ein Meister in seinem Fach, seine Gewandtheit ist umso höher anzuschlagen, als seine fähigen Fagen doch immerhin die Gefahr einer Ablenkung von seinem eigentlichen Arbeiten in sich schließen. Als Heldentenor stellt sich Herr „Konrad Bissner“ vor; seine Nieder aus „Majazzo“ und „Mioletto“ wurden dankbar entgegengenommen. Den Schluß des Programms, das bei vollem Besetzung abgewickelt wurde, bildete der treffliche Kongleuraft „Haus Wileh und Kartnerin“. Das auch die Hauskapelle unter Herrn Eberharts Leitung ihr redlich Teil zum guten Gelingen des Abends beiträgt, soll nicht unerwähnt bleiben.

Badische Gemeindeschau.

DZ. Staufen, 19. Okt. In der letzten Bürgerauskunftung wurden sämtliche Anträge des Gemeinderats einstimmig bewilligt. Die Finanzlage Staufens ist nicht ungünstig, wohl mußten größere Kapitalaufnahmen zur Bestreitung der Kosten der durch die Stadt ausgeführten Neubauten stattfinden. Rant „Staufener Tagblatt“ aber ist für diese eigentlichen Grundstoffwerke auch aus Wirtschaftsmitteln die Summe von 80000 M. aufgewendet worden, wodurch die Finanzspruchnahme

weiterer Kredite erspart blieb. Im Voranschlag beläuft sich die Gesamtausgabe auf 875 070 M., dem steht eine Einnahme von 821 108 M. gegenüber, so daß 53 967 M. durch Umlage zu decken sind. Eine Umlage von 60 Pf. auf je 100 M. Steuerwerke des Biegeschäfts- und Betriebsvermögens ist hierzu erforderlich. — Für die bei der Explosion in Oppau Beschädigten wurde von der Gemeindekasse ein Beitrag von 1000 M. gespendet.

DZ. Billingen, 21. Okt. Das zur Erstellung einer Stauanlage und eines Kraftwerkes vorgesehene Gelände im Bregtalgebiet wurde vom hiesigen Gemeinderat beschl. Auch die ziemlich weit fortgeschrittene Stauanlage von Bräunlingen wurde einer Beschichtigung unterzogen. Daß das Billinger Projekt bald in Angriff genommen wird, ist hier allgemeiner Wunsch.

Staatsanzeiger.

Das Generalkonsulat der Republik El Salvador betr. Herr Dr. Victoriano Ruiz Quiros ist zum Generalkonsul der Republik El Salvador für das Deutsche Reich mit dem Amtssitz in Hamburg ernannt worden. Nachdem ihm namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, wird er hiermit zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen.

Karlsruhe, den 20. Oktober 1921. Badisches Staatsministerium Ministerial-Abteilung für Präsidialsachen, Reichs- und auswärtige Angelegenheiten.

Die Festsetzung der Ortslohn nach der Reichsversicherung betr. Der Ortslohn (der ortsübliche Tageslohn gewöhnlicher Tagelöhner) wurde gemäß §§ 149, 151 R.V.D. mit Wirkung vom 1. Januar 1922 an wie folgt festgesetzt:

Für den Bezirk des Versicherungsamts	für männliche Personen				für weibliche Personen			
	unter 14 Jahren	14 bis 16 Jahren	16 bis 21 Jahren	über 21 Jahren	unter 14 Jahren	14 bis 16 Jahren	16 bis 21 Jahren	über 21 Jahren
Vonndorf	6	9	14	16	4	8	12	13
Donaufingingen	6	9	14	16	4	8	12	13
Engen	6	9	14	16	4	8	12	13
Konstanz	9	15	24	27	4	9	15	18
Konstanz mit Wollmattigen, Radolfzell, Singen a. S., Aalen, Nellingen, Göttingen	6	12	18	20	4	9	14	16
b) die übrigen Gemeinden	6	9	12	14	4	8	10	12
Rehbach	6	9	12	14	4	8	10	12
Brallendorf	6	9	12	14	4	8	10	12
Säckingen	6	9	12	14	4	8	10	12
St. Blasien	6	9	14	16	4	8	12	13
Stodach	6	9	14	16	4	8	12	13
Willingen	6	9	14	16	4	8	12	13
a. Stadt u. St. Georgen	6	12	18	20	4	9	14	16
b. die übrigen Gemeinden	6	9	16	18	4	9	14	16
Trüben	6	12	18	20	4	9	14	16
Überlingen	6	9	14	16	4	8	12	13
Waldshut	6	9	16	18	4	9	14	16

Konstanz, 6. Oktober 1921. Bad. Oberversicherungsamt.

Auf Grund der §§ 936 und 938a der Reichsversicherungsordnung ist der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter für den Bezirk des Oberversicherungsamts Mannheim für die Zeit vom 1. Januar 1922 bis mit 31. Dezember 1922 festgesetzt worden, wie folgt:

Bezirk des Versicherungsamts oder der Gemeinde	Durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst für Beschäftigte im Alter von							
	über 21 Jahren		16-21 Jahren		14-16 Jahren		unter 14 Jahren	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Melsheim	5000	4000	4200	3000	2500	2000	1200	1000
Rehbach	5000	4000	4200	3000	2500	2000	1200	1000
Ruchen	5400	4000	4500	3200	3000	2200	1200	1000
Eberbach	6000	4000	4200	2900	2700	2000	1200	1000
Eppingen:								
a) Adelsheim, Eppingen (Stadt), Eppingen, Rühlbach, Steinhilber, Sulzfeld	6000	4500	5100	3600	4200	3000	2400	2100
b) übrige Gemein.	5100	3600	4200	3000	3300	2400	2100	1800
Heidelberg:								
a. Dossenheim, Eppingen, Heidelberg (Stadt) mit Borsdorf, Leimen, Neckargemünd, Nussloch, Nussloch, St. Ilgen, Sandhausen, Ziegelhausen	10000	7000	8000	5500	6000	4500	2500	2000
b) übrige Gemein.	5200	3800	4500	3500	4500	3500	2000	2500
Mannheim:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000
Neckar:								
a) Mannheim-Stadt mit Borsdorf und Seddenheim	10500	7500	8500	7000	6000	5000	3000	2500
b) übrige Gemein.	9000	6500	8000	5500	5200	3700	2500	2000